

What's left?

Wege in die Irrelevanz

Schwierigkeiten mit der Bürgergesellschaft / Von Ralf Dahrendorf

Die Linke hat Probleme. Zuerst ist ihr die Utopie verlorengegangen. Die Revolution von 1989 hat auf mysteriöse Weise auch denen, die vom Kommunismus nichts wissen wollten, das motivierende Bild einer besseren Zukunft zerstört. In einer fulminanten Attacke auf die jüngste politische Philosophie hat John Gray („Times Literary Supplement“ vom 3. Juli) die aufgeklärten Hoffnungen der Theorie der Gerechtigkeit mit der Realität von 1992 konfrontiert. Die Theoretiker der Reform vertreten die realitätsfernen Präferenzen der „anglo-amerikanischen akademischen Klasse“; sie hätten über die wirklichen Probleme einer sich kulturell auffächernden Welt, die von der Geschichte, nicht der Theorie, beherrscht werde, kaum etwas zu sagen.

Es sei zu erwarten, daß sie „die größte weltgeschichtliche Transformation unserer Zeit, den Fall des Kommunismus, als irrelevant für ihre Anliegen und gleichgültig für das herrschende liberale Ideal der Gleichheit“ behandeln werden. Ist solche Irrelevanz wichtig? In gewisser Weise nicht. Irrelevanz ist eben irrelevant; es kommt nicht darauf an, was Theoretiker erfinden und erörtern. Doch kommt es darauf an, daß es eine Linke gibt, die der teils verdächtig zufriedenen, teils verängstigt-protektionistischen Mehrheit Alternativen entgegenhält. Und Alternativen zum Status quo brauchen immer Theorie. Man kann sie nicht einfach in der Wirklichkeit ablesen; man muß sie ersinnen. Wie aber stellt man das an, wenn die Träume zerstoßen sind und die Besten und Hellsten sich in einer eigenen, fremden Gedankenwelt bewegen?

Im südlichen Europa verläuft diese Diskussion sehr viel praktischer als im Norden. (Im Osten bleibt sie leider konfus, emotional und auch unpraktisch.) Italiens Kommunisten haben sich in einem Kraftakt zur „Partei der demokratischen Linken“ (PDS) gemausert und, trotz einer verbleibenden altkommunistischen Partei (RC), bei den Wahlen in diesem Frühjahr besser abgeschnitten als die klientelistischen und gedankenlosen Sozialisten. Als der weithin geachtete PDS-Politiker Giorgio Napolitano zum Präsidenten der Kammer gewählt wurde, gratulierte ich ihm. Er schrieb zurück, er sei sein Leben lang „Militanter“ gewesen; Napolitano war ein kämpferischer und radikaler Reformier. Jetzt aber sei er froh, die Chance zu haben, seine tiefe Überzeugung von der Notwendigkeit demokratischer Institutionen praktisch zu vertreten. Das sehe er als seine zukünftige Aufgabe an.

Italien hat gewiß sein besonderes Problem der Institutionen. Man könnte sogar meinen, daß schon die Schaffung und Kräftigung von Institutionen dort ein Reformprogramm beträchtlichen Ausmaßes bildet. Dennoch, die PDS hat kein Institutionenproblem. Sie träumt nicht von einer in allerlei Diskurse aufgelösten Gesellschaftsstruktur. Sie will auch nicht den Marsch durch die Institutionen (zum Zweck ihrer endlichen Auflösung). Sie will vielmehr die Institutionen – die der Verfassung der Freiheit, versteht sich – sichern, um in ihnen und durch sie reformerisch zu wirken.

Neue Wege zur Gemeinschaft

Reformen wohin? In Spanien hat sich Nancis Serra, katalonischer Vizepremier der Regierung González, darangemacht, die Sozialistische Partei (PSOE) auf die Zeit nach dem charismatischen Führer „Felipe“ vorzubereiten. „Reformen wohin?“ sagt er, sei die falsche Frage. Das eben müsse man aus den Jahren des historischen Wandels lernen, daß Reformpolitik sich nicht durch Ziele definieren lasse. Jetzt gelte es, der Reform „einen Motor zu geben“, das heißt, sich auf die treibenden Kräfte der Veränderung, deren Prinzipien zu konzentrieren. Die Wirklichkeit sei immer unberechenbar; wer ihr mit einem Alternativbild begegne, laufe Gefahr, bald irrelevant zu werden.

Gewiß, eine solche Wende des Grundsatzes ist einleuchtend. Nur kommt dann allerdings darauf an, welche Prinzipien man zum Motor des Handelns macht. Zwei stehen in der gegenwärtigen praktisch-politischen Diskussion im Vordergrund, denen man ein drittes noch anfügen muß: Bürgerschaft, Solidarität (Gemeinschaft) und dann Europa. Alle drei sind übrigens gemeinsame Themen der Linken und der Rechten, wenn sich auch im einzelnen die Geister scheiden.

Bürgerschaft – ein Versuch, „citizenship“ zu übersetzen, ohne den Staat, der hier nicht hingehört, schon in den Begriff hineinzudrängen – ist für die Linke eine Frage der Rechte. Diese sind zum Teil unbestritten. Gleichheit vor dem Gesetz und politische Teilnahmerechte sind zwar überall nur unvollständig verwirklicht, aber kein prinzipielles Thema der Auseinandersetzung mehr. Doch der nächste Schritt trennt die Parteien. Es gibt eine rechte, übrigens auch „neoliberale“ Position, wonach jenseits eines eng gehaltenen Katalogs von Grundrechten Bürgertätigkeit und Marktchancen den Weg zu größeren Lebenschancen markieren. Die Linke dagegen hält am Gedanken sozialer Bürgerrechte fest. Ein bestimmter Grundstatus des Einkommens und der sozialen Anrechte wird als Teil der Bürgerschaft verstanden. Bei der Definition dieses Grundstatus und bei der Wahl der Wege zu seiner Verwirklichung scheiden sich liberale und soziale Reformier.

Das Thema der Solidarität beherrscht schon seit Jahren die Diskussion der Linken. Johano Strassers „Grenzen des Sozialstaates“ hatten bereits 1979 solidarische Selbsthilfe als partielle Alternative zur staatlich-bürokratischen Sozialpolitik erklart. Seitdem hat der „Kommunitarismus“ gerade in den angelsächsischen Ländern Konjunktur bei den Linken. Der Staat der Sozialdemokratie hat seine Schuldigkeit getan; nun gilt es ein „bürgerliches Republikanertum“ (David Marquand) zu entwickeln, das auf der Teilnahme in dezentralen

Gemeinschaften beruht. Liberale würden sich lieber auf eine weniger romantisch gefärbte Bürgergesellschaft verlassen; doch auch sie hat es mit autonomen Assoziationen und Bürgertugenden zu tun. In beiden Fällen ist der Abschied vom anspruchsvollen, breit, behäbig und bürokratisch gewordenen Staat Teil der Reformen.

Europa als Ersatzutopie

Die beiden Prinzipien von Bürgerschaft und Solidarität sind voller Kraft als „Motoren“ des Handelns. Sie sind zudem fruchtbare Themen der politischen Kontroverse. Bei dem dritten Stichwort, Europa, wird es schwieriger. Denn die Linke hat Europa entdeckt, gerade weil sie es nicht institutionell, sondern eher abstrakt, kulturell, idealisch versteht. Europa ist für manche Linken zur Ersatzutopie geworden. Es ist also gerade nicht ein Prinzip, sondern ein neues Zielbild, daher nicht ein Motor der Reform, sondern ein Traum. Das kann nur in Tränen enden, so wie all die anderen Träume des Jahrhunderts zuvor.

John Gray hat in seiner Polemik auch Kant aufs Korn genommen. Genauer gesagt, hat er sich gegen eine flächige Interpretation von Kant bei den modernen Aufklärern ohne Metaphysik gewendet. Kant ist dennoch eine unerschöpfliche Quelle liberal-reformerischen Denkens. Wenn Kant von einem weltbürgerlichen Zustand spricht, dann ist das etwas ganz anderes als ein träumerisches Europa-Bild. Kant benutzt die Konstruktion eines Zustandes, um ein Prinzip zu entwickeln. Wenn wir uns die bürgerliche Gesellschaft ernsthaft denken wollen, dann können wir nicht anders, als sie als eine Gesellschaft zu denken, die nicht einfach an den Grenzen des eigenen Landes aufhört. Das Prinzip selbst verlangt nach universeller Anwendung, in diesem Sinne nach der Weltbürgergesellschaft. Diese ist also nicht eine mehr oder minder konkrete Utopie, schon gar nicht ein gedachtes Ende der Geschichte, sondern eine sinnfällige Formulierung für etwas, das immer schon hier und heute gilt. Popper nannte es die offene Gesellschaft.

Das hat viel zu tun mit einem Europa-Bild für Reformier, Linke und Liberale. Europa als erste Anwendung des Prinzips der Weltbürgerschaft, als Schritt auf dem richtigen Wege hat seinen Sinn. Allerdings muß man gerade darum am wirklichen Europa sehr zweifeln. Schon der merkwürdige Begriff eines „Binnenmarktes“, vom alltäglichen Protektionismus ganz zu schweigen, erlaubt mancherlei Zweifel. Vor allem aber muß man zweifeln, wenn Europa-Theoretiker zur Rechten wie zur Linken beginnen, in diesem Gebilde eine neue Supermacht, den Partner der Vereinigten Staaten und Japans in einem neuen Koordinatenfeld zu sehen. Auch ist Europa nicht Heimat. „Ich bin Europäer“ wird für immer etwas ganz und gar anderes bedeuten als „Ich bin Hamburger“. Insofern ist auch die Zielsetzung Europa von sekundärer Bedeutung, verglichen mit denen der Bürgerschaft und der Solidarität.

Das gilt indes nicht für das Ziel der Weltbürgerschaft. Man könnte sagen, daß es sich im Grunde von selbst aus dem anderen der Bürgerschaft ergibt. Bürgerschaft läßt sich nicht anders als offen denken; wenn Bürgerschaft ausschließt, verletzt sie ihr eigenes, immer universelles Prinzip. Dennoch hat es Sinn, den Internationalismus zum Prinzip zu erheben, den Wunsch also, Bürgerrechte und Solidarität überall durchzusetzen, und auch den nach Institutionen, die dieses Prinzip weltweit garantieren.

Das Thema, das bleibt, mag mancher für das wichtigste von allen halten. Auch John Gray scheint das so zu sehen. Denn seine Kritik an den „irrelevanten Aufklärern“ geht von der Beobachtung aus, daß dies ein Zeitalter sei, „in dem das politische Leben beherrscht wird von wiedergeborenen Partikularismen, militanten Religionen und neuerstehenden Ethnizitäten“. Das muß der politische Theoretiker nicht hinnehmen, so würde ich Gray entgegenhalten; nicht nur politische Theorien, die mit dem Strom schwimmen, sind relevant. Aber sagen muß die Linke schon etwas zu Nation und Nationalismus. Die deutsche Linke zumal hat in ihrem Verständnis der zivilisierenden Wirkung des heterogenen Nationalstaates versagt. Die Nation des vereinten Deutschland ist vor allem eine Chance, weil sie – realistischer als ein erträumtes Europa – ein Schritt auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft der Bürgerschaft und der Solidarität sein kann. Ist sie schon kein Schritt, dem unmittelbar weitere folgen, dann ist sie doch Beispiel, gutes Beispiel. Die Auflösung dieser Art von Nationalstaat, sei es in strukturlose Diskurse, sei es in realitätsloses Europäertum, ist ein Rückschritt der Zivilisation, nicht ein Fortschritt.

Das ist nicht die Verteidigung der ethnisch homogenen Nation. (Es ist daher auch nicht die Verfechtung eines „Europas der Regionen“, das eher ein Europa der Kriege und Bürgerkriege sein würde – sein wird?) Angesichts ihrer drohenden Kraft gilt es, die Prinzipien der Bürgerschaft und der Weltbürgerschaft mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Nur bleibt gewiß die Frage, die Václav Havel so eindringlich gestellt hat: Wo fühlen sich Menschen zu Hause? Wie steht es mit der Zugehörigkeit? Havel huldigt einem Pantheismus der Zugehörigkeiten, der sich wohl nicht ohne weiteres zur allgemeinen Zivilreligion machen läßt; für ihn kann alles „zu Hause“ bedeuten, sogar die Gefängniszelle, in die die Kommunisten ihn sperrten. Ich würde meine Hoffnungen eher auf die Bürgergesellschaft setzen, also auf die vom Staat gesell unabhängige Vielfalt von Assoziationen, die unserem Leben Sinn geben. Wenn sie, oder doch etwas von ihrer Art, nicht zureicht, dann steht es allerdings schlecht um die Chancen der Linken einschließlich der reformerischen Liberalen.